



FRAU BUNDESMINISTER  
DR. MARILIES FLEMMING  
Z.70 0502/5-Pr.2/88

**II-3053 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

1031 WIEN, DEN 8. Februar 1988  
RADETSKYSTRASSE 2  
TELEFON (0222) 75 56 86

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
W i e n

1362/AB  
1988 -02- 10  
zu 1427 J

1017

Auf die Anfrage der Abgeordneten Geyer und Freunde vom  
17. Dezember 1987, Nr. 1427 J, betreffend 25 Mrd. für neue  
Straßenbauten, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Soweit mir bekannt ist, ist die Entscheidung, 25 Milliarden  
Schilling zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Budgetmitteln  
für den Straßenbau flüssig zu machen, bisher noch nicht  
gefallen. Meinen Informationen zufolge finden die gegen-  
ständlichen Verhandlungen derzeit ausschließlich zwischen dem  
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, dem  
Bundesminister für Finanzen sowie dem Bundesminister für  
öffentliche Wirtschaft und Verkehr statt.

Zu 2.:

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu Punkt 1. möchte ich  
bemerken, daß mein Ressort bislang in diese Verhandlungen der  
obgenannten Ressorts nicht eingebunden ist.

Zu 3.:

Aus meiner Sicht sind derartige Großprojekte jedenfalls gene-  
rell auf ihre Umweltaspekte hin zu prüfen. Darüber hinaus wird  
jedes einzelne der - mir nicht im Detail bekannten - Straßen-  
projekte einer eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung zu

- 2 -

unterziehen sein.

Derzeit besteht - abgesehen von den diesbezüglichen Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes - noch keine Rechtsgrundlage - und somit auch keine Kompetenz für mein Ressort - für die Durchführung einer derartigen eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung.

Zu 4.:

Unter Bedachtnahme auf die Ausführungen zu Punkt 1., wonach die Verhandlungen derzeit nur zwischen drei Bundesministern geführt werden, kann von einer "Vorgangsweise der (gesamten) Bundesregierung" kaum gesprochen werden.

Grundsätzlich ist aber - ungeachtet der Notwendigkeit, für die Anliegen des Umweltschutzes ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen - festzuhalten, daß durch den weiteren Ausbau eines Verkehrswegenetzes von hoher Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit - sofern dieser Ausbau in einer umweltkonformen Art erfolgt - nicht unerhebliche Verkehrserleichterungen und verbesserte Verbindungen der einzelnen österreichischen Regionen erreicht werden können. Darüberhinaus kann dadurch sicherlich auch eine Entlastung der vom Durchzugsverkehr derzeit nachhaltig belasteten Gebiete erreicht werden.

Jedenfalls ist es aber notwendig, bei der konkreten Planung der einzelnen Projekte auf alle relevanten Umweltparameter in geeigneter Form einzugehen und den Notwendigkeiten einer ökologisch ausgewogenen Verkehrsplanung höchsten Stellenwert einzuräumen.

- 3 -

Zu 5.:

Vorsichtigen Schätzungen zufolge würde die Sanierung der Altlasten in Österreich in den nächsten Jahren ca. 10 - 20 Milliarden Schilling benötigen. Darüber hinaus wäre eine bessere Dotierung - sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht - nicht nur meines Ressorts, sondern auch des Umweltbundesamtes und des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für eine intensivere Verfolgung umweltpolitischer Maßnahmen notwendig.

Zu 6.:

Den obigen Ausführungen entsprechend, erscheint mir eine generelle Zustimmung zu zusätzlichen Investitionen im Straßenbau - ungeachtet der damit zweifelsohne auch verbundenen grundsätzlich positiv zu bewertenden Effekte - nur dann möglich, wenn sichergestellt ist, daß die einzelnen Projekte auf ihre umweltrelevanten Auswirkungen hin eingehend geprüft und bewertet worden sind.

